



CEO STAIBLIN UND CO.
Die schwierige Verbindung
von Familie und Karriere
SEITE 56

TOURISMUS UND CO.
Hoteliere setzen auf
pflegebedürftige Senioren
SEITE 54

Aufgestockt Seite 55

Sawiris muss mehr Geld
ins Andermatt-Resort
einschiessen

Aufgeregt Seite 58

Stromkonzerne wehren
sich gegen höhere Kosten

Aufgezählt Seite 59

Bei welchen Aktien der
Kauf noch lohnt

UBS streicht 140 Stellen in den USA

Strengere Vorschriften
für Grossbanken

ZÜRICH Die Grossbank UBS macht mit ihrer angekündigten Radikalkur im Investmentbanking Ernst: Vergangene Woche setzte die Bank in den USA und in Kanada insgesamt 140 Investmentbanker auf die Strasse. Die UBS bestätigt entsprechende Recherchen der Sonntagszeitung. Ob noch weitere Stellen abgebaut werden sollen, wollte die Grossbank nicht kommentieren. Auch auf die Frage, ob in einer nächsten Runde zusätzlich Kündigungen im Private Banking ausgesprochen werden, wollte die UBS keine Stellung nehmen.

Laut einer Sprecherin betrifft der Jobabbau alle Standorte in Nordamerika. So sei unter anderem der Investmentbank-Arm in Los Angeles geschlossen worden.

Ebenfalls dichtgemacht wurde der Mergers-&Acquisitions-Bereich (M&A) in Kanada, spezialisiert auf Übernahmen und Fusionen von Unternehmen. Gemäss UBS-Sprecherin liege die Ursache vor allem darin, dass die Aktivitäten auf dem kanadischen M&A-Markt stark abgeflacht seien. Gemäss «Wall Street Journal» wird der Bereich nun von New York aus gesteuert.

Im Oktober verkündete die Grossbank, bis 2015 weltweit rund 10 000 Stellen zu streichen. Insbesondere das Investmentbanking soll im Zuge dieses Umbaus deutlich verkleinert werden.

Gleiche Regeln für ausländische Banken

Zusätzlich befeuert werden könnte der Jobabbau in den USA nun aufgrund strengerer Kapitalanforderungen. So plant die US-Notenbank Federal Reserve, die Kapitalvorschriften für ausländische Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 50 Milliarden Dollar zu verschärfen. Demnach müssten Tochtergesellschaften ausländischer Grossbanken mit Sitz in den USA ab Mitte 2015 dieselben Kapitalvorschriften erfüllen, wie sie für amerikanische Finanzhäuser gelten. Zu den betroffenen Schweizer Instituten zählen neben der UBS auch die Credit Suisse. MARTINA WACKER

Die nächste Bank am Pranger

Bank Leumi, die im Visier der US-Justiz ist, tätigt überraschend eine 91-Millionen-Rückstellung

VON MARTIN SUTER UND
ALICE CHALUPNY (TEXT),
THIERRY PAREL (FOTO)

NEW YORK Nach der 74-Millionen-Dollar-Busse gegen die Schweizer Privatbank Wegelin vom Montag fragen sich Steuerfluchtexperten, welche Bank mit amerikanischen Kunden als Nächste vor US-Staatsanwälten einknickt. Immer mehr Hinweise deuten darauf hin, dass es Leumi sein wird, die grösste Bank Israels. Leumi führt in der Schweiz eine Privatbank-Tochter und ist in Zürich, Genf und Lugano präsent. Ende 2011 verwaltete sie 7,5 Milliarden Franken Kundenvermögen, rund dreimal weniger als Wegelin. Leumi gehört zu denjenigen hiesigen Instituten, die auf der berüchtigten Liste der US-Justizbehörden gelandet sind.

Dass sich Leumi auf eine grössere Zahlung vorbereitet, wurde in den vergangenen Tagen klar. Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, gab Leumi am Montag – am selben Tag, als das Wegelin-Urteil gefällt wurde – unvermittelt bekannt, sie habe im 4. Quartal 2012 Rückstellungen im Umfang von 91 Millionen Dollar getätigt. Dies, um «Kosten zu decken, die möglicherweise im Zusammenhang mit Ermittlungen der US-Behörden gegen Bankkunden anfallen, die US-Steuerzahler» seien. Dass sich eine allfällige Zahlung im Bereich von 90 Millionen Dollar bewegt, will Leumi indes nicht bestätigen: Es sei absolut denkbar, dass «die diesbezüglichen Ausgaben wesentlich höher sein werden», schreibt die Bank. Zudem betont sie, dass die Rückstellungen keinesfalls als Schuldeingeständnis verstanden werden dürfen.

US-Kunde soll vier Millionen nicht deklariert haben

«Ich glaube, Bank Leumi ist die Nummer eins auf der Hitliste», sagt der Steueranwalt Pedram Ben-Cohen in Los Angeles. Ben-Cohen hat viele Leumi-Kunden als Mandanten, und er beobachtet eine zunehmend rege Kommunikation zwischen der US-Regierung und der Bank. «Die Dynamik scheint dahin zu gehen, dass



Israelische Bank
Leumi in Genf:
Vorwurf, Gelder
vor US-Fiskus
versteckt zu haben

bald etwas passiert.» Wie alle von der Sonntagszeitung befragten Steueranwälte erwartet Ben-Cohen keine Anklage à la Wegelin. Stattdessen werde die auch in der Schweiz tätige Leumi mit der US-Justiz ein «Deferred Prosecution Agreement» – ein Abkommen für eine Aussetzung der Anklage (DPA) – abschliessen. Wie einst die UBS wird Leumi zwar eine stattliche Summe zahlen und alle Informationen über US-Kunden aushändigen, schätzt der Experte. Sie kann damit aber eine strafrechtliche Anklage wegen Beihilfe zur Steuerflucht vermeiden.

Leumi werden schwere Gesetzesbrüche vorgeworfen. Im Februar gestand der in Israel geborene Leumi-Kunde Zvi S. aus Los Angeles, über Leumi vier Millionen Dollar vor dem US-Fiskus versteckt zu haben. Die Bank nahm erst das Geld von S. in Israel entgegen, dann gewährte sie ihm in der kalifornischen Filiale ein Darlehen, garantiert durch das Kontoguthaben in Israel. Dieser Bankentwurf wird «back to back loan» – zu Deutsch Parallelkredit – genannt. Er sei «krimineller als das bloss Einrichten eines Kontos», urteilt Ben-Cohen.

Auch CS und HSBC hoffen auf Lösung mit der US-Justiz

Nicht alle Steueranwälte glauben, dass Leumi oder Mizrahi, eine andere israelische Bank, als Nächste ein DPA abschliessen. Bryan Skarlatos von der New Yorker Kanzlei Kostelanetz & Fink erwartet den nächsten Deal mit der in Asien stark präsenten HSBC oder der Credit Suisse. Skarlatos' Argument: Diese beiden Banken seien schon besonders lange mit den USA am Verhandeln.

Kenner der Szene gehen jedenfalls davon aus, dass eine israelische Bank in den USA keinen besonderen Schutz in Anspruch nehmen kann. «Es gibt im Justizdepartement einen sehr starken Korpsgeist, Begünstigungen sind weitgehend tabu», sagt Mark Matthews von der Washingtoner Kanzlei Caplin & Drysdale, der früher die Kriminalabteilung der Steuerbehörde IRS leitete. «Das

FORTSETZUNG AUF SEITE 54

ANZEIGE

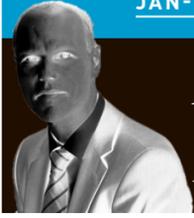
Höhere Fachschule +
Wirtschaft + Informatik =
Zukunft. Ihre.



WIRTSCHAFT_INFORMATIK_ORGANISATION
Wissen beginnt mit WISS
WWW.WISS.CH FACEBOOK.COM/WISSCHWEIZ

WISS
WIRTSCHAFTSINFORMATIKSCHULE SCHWEIZ

JAN-EGBERT STURM



Arbeitslosigkeit in der EU: Rezept klar, Dosis unsicher

Die Arbeitslosigkeit, insbesondere jene der Jugend, hat in vielen europäischen Ländern Niveaus erreicht, die den sozialen Frieden gefährden – und eine verlorene Generation heraufbeschwören. Darüber, wie die Arbeitslosigkeit angegangen werden könnte, herrscht unter Volkswirten erstaunliche Einigkeit: Übertrieben starke Kündigungsschutzbestimmungen schützen Insider – fest etablierte Angestellte mit unbefristeten Verträgen –, während Outsider mit temporären, ungeschützten Jobs die Last von Konjunkturschocks tragen müssen. Die Kündigungsschutzbestimmungen müssen reformiert werden, um die grosse Kluft zwischen Arbeitern verschiedener Vertragsarten zu beseitigen und um die Kosten der Arbeitgeber bei Entlassungen zu verringern. Arbeitslosengelder müssen auf einem mässigen Niveau gehalten werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss verbessert werden, um Arbeitslosen zurück in die Arbeitswelt zu helfen.

«In Irland wurden sowohl vor als auch nach der Finanzkrise moderate Löhne ausgehandelt»

Die automatische Ausweitung von Tarifverhandlungen auf alle Firmen einer Industrie mit strengen Beschränkungen der Mindestarbeitszeiten und -lohnsätze

hat die Macht der Arbeiter in regulären Jobs gefestigt, hat den Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das Lohnwachstum reduziert und hat die Lohnanpassung verlangsamt; dies sollte gezügelt werden. Indes können breit getragene Gesellschaftsverträge zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Regierung helfen, die Löhne zu beschränken. Irland bietet ein erfolgreiches Beispiel hierfür, das sowohl vor als auch nach der Finanzkrise moderate Löhne ausgehandelt hat. Zudem sind viele Arbeitsmärkte immer noch sehr starr, das heisst, Beschäftigungsstreitigkeiten landen vor Gericht, und diese Verhandlungen ziehen sich oftmals über Monate und Jahre hin. Häufig gehen zudem Tarifverhandlungen in stark gewerkschaftlich organisierten Ländern über ganze Industrien oder Sektoren hinweg, mit wenig oder gar keiner Flexibilität.

Doch die Schwierigkeit liegt weder bei der Diagnose noch beim Rezept, sondern bei der Dosis und dem Behandlungszeitpunkt des Reformprogramms. Theoretisch sollten die oben genannten Punkte alle wirken. Doch wie wirken sie in Kombination? Und was ist der Trade-off zwischen Sicherheit für die Angestellten, Einkommensungleichheit und höherer Beschäftigung? Gesellschaftliche Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz stehen bedauerlicherweise nicht immer in Einklang miteinander.

Jan-Egbert Sturm ist Leiter der Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich (KOF)

BÜROHR

Heinz Karrer ist bekanntlich ein begeisterter Berggänger und Skifahrer. Er sei so angefasst, dass er sogar eine Website mit ausführlichen Bergsteigerroutrouten führe, berichtete im April der «SonntagsBlick». Tatsächlich findet sich unter www.heinzkarrer.ch eine solche Site. Nur: Sie gehört nicht dem Axpo-Chef, sondern einem Namensvetter.



Der neue Sunrise-Chef Libor Voncina macht seinem Ruf als nüchterner Naturwissenschaftler alle Ehre. Als er dem Verwaltungsrat das Jahresergebnis vorgelegt habe, soll er gefragt haben, warum man mit der Veröffentlichung noch über zwei Wochen warte. Die Antwort, man habe dies immer so gemacht, überzeugte ihn nicht – Sunrise zog die Präsentation vor. Die geplante Medienkonferenz wurde indes abgesagt. Laut Voncina seien die Zahlen «ja wohl selbsterklärend».



Seniorinnen im Hotel: Ein attraktives Kundensegment
FOTO: GETTY

Gepflegter Urlaub

Hoteliers nehmen ein neues Gästesegment ins Visier: Hilfsbedürftige Senioren

VON CORNELIA KRAUSE

ZÜRICH «Älter und weiblicher» werden die Gäste der Schweizer Hotels in den kommenden Jahrzehnten – so die Prognose von Schweiz-Tourismus-Direktor Jürg Schmid. Den demografischen Wandel haben auch die Hoteliers erkannt. Nicht zuletzt weil Krisen Innovationen fördern, nehmen sie ein neues Gästesegment ins Visier: pflegebedürftige Senioren. Nach einem Pilotprojekt 2012 startet kommende Woche ein landesweites Programm in Zusammenarbeit mit dem spitalexternen Pflegedienst Spitex. Es soll den rund 230 000 Spitex-Kunden Ferien im Hotel ermöglichen. «Die Spitex-Bezüger erhalten in den Ferien die gleichen Leistungen wie daheim zu gleichen Kosten», sagt Projektleiterin Susanne Gäumann. Meist handle es sich um Senioren, die Hilfe beim Waschen und Anziehen benötigen und sich ohne Hilfe nicht mehr in die Ferien trauten.

Das Projekt Claire & George Hotelspitex, für das die Stiftungsgründung bevorsteht, wird jährlich bis 2015 mit rund 130 000 Franken vom Innotour-Programm des Staatssekretariats für Wirtschaft unterstützt. Über eine Internetseite und eine Hotline

können Senioren und Angehörige ab sofort Informationen zu Hotels einholen und buchen. Vorläufig sind am Projekt vor allem 2- bis 5-Stern-Hotels im Berner Oberland und im Tessin beteiligt. Grundsätzlich könne ein Aufenthalt aber in Absprache mit dem Hotelier in jedem Hotel der Schweiz organisiert werden, sagt Gäumann. Die Stiftung sieht sich als Intermediär zwischen Hotellerie und Spitex-Organisationen im Wohn- und Ferienort und übernimmt die kostenlos Organisation der Reise und der Pflegeleistungen.

Hoteliers wollen ihre Stammgäste länger halten

Die Hotellerie lässt sich die betagten Gäste etwas kosten. Hotels zahlen für die Gästevermittlung 15 Prozent Provision an die Stiftung. «Wir müssen uns aufgrund der demografischen Entwicklung auf den alternden Gast einstellen», sagt Thomas Allemann, Geschäftsleitungsmitglied von Hotelleriesuisse. Probleme bei der Betreuung der Senioren sieht er nicht. Die Pflege werde ja von der Spitex übernommen. Den Hoteliers biete das Projekt in erster Linie die Chance, Stammkunden länger zu halten. Als Prüfstein sieht Allemann allerdings die Kos-

tendeckung. Denn das Projekt, an dem sich Hotelleriesuisse als Partner, möglicherweise auch als Stiftungsratsmitglied beteiligt, soll nach zwei Jahren schwarze Zahlen schreiben. Auf den grossen Ansturm bereitet man sich bislang nicht vor: Gäumann erhofft sich nach zwei bis drei Jahren etwa 300 Buchungen jährlich.

Auch die Abrechnungspraxis mit der Spitex muss sich noch bewähren. Zwar sind die Kosten für Spitex-Leistungen schweizweit einheitlich geregelt und werden von den Krankenkassen übernommen. Ein Teil der Leistungen wird aber vom Kanton oder der Gemeinde finanziert. Bei ausserkantonalen Feriengästen soll diese Restfinanzierung weiterhin der jeweilige Wohnkanton oder die

Claire und George

Geeignet für: Spitex-Bezüger aus der ganzen Schweiz, Selbstzahler aus dem Ausland.

Kostenübernahme: Hotel bezahlt der Gast, Spitex-Leistungen die Krankenversicherung und die jeweilige Gemeinde oder der Wohnkanton.

Informationen: www.claireundgeorge.ch

Wohngemeinde übernehmen. Im Pilotprojekt bewährte sich der Ansatz. Sollten Probleme bei der Abrechnung auftreten, verspricht die Stiftung Hilfe.

Die Spitex-Organisationen selbst sind überzeugt, die Mehrarbeit stemmen zu können. Grundsätzlich sei die Betreuung von Feriengästen nicht komplett neu, sagt etwa Urs Kern von der Spitex Interlaken. Jährlich würden bereits bis zu 25 Feriengäste zusätzlich zu den Stammbezügern betreut. Allerdings mussten die Gäste ihren Aufenthalt und die Betreuung bisher selbst organisieren. «Käme nun der grosse Ansturm, wären wir mit zusätzlichen Mitarbeitern gerüstet», sagt Kern.

Im Pilotprojekt nahmen nur Schweizer teil, und sie verreisten meist zu zweit – als Ehepaar oder mit einem erwachsenen Kind. Anfragen erhielt Gäumann sogar bereits aus Deutschland.

Auch Hotelleriesuisse sieht bereits Potenzial für Kundschaft jenseits der Grenzen. Eine Lancierung des Projekts im Ausland wäre in einem zweiten Schritt denkbar, sagt Allemann. Infrage kommen dürften wohl zahlungskräftige Ausländer, die weder der starke Franken abschreckt noch die in diesen Fällen wohl meist selbst zu zahlenden Kosten für die Spitex.

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 53

Nächste Bank am Pranger

wäre zu gefährlich», sagt er, und «es könnte den gegenteiligen Effekt haben.» Matthews vermutet, dass das Justizdepartement auch aus Gründen der Glaubwürdigkeit nun eine nicht schweizerische Bank aufgreifen müsse. Andernfalls «sieht es so aus, als sei es auf die Schweiz fixiert».

Neben der Bank Leumi haben bereits andere Finanzinstitute Rückstellungen für mögliche Zah-

lungen an die US-Behörden im Zusammenhang mit Steuerdelikten vorgenommen.

Im Fokus der amerikanischen Justiz stehen nach wie vor die Credit Suisse, Julius Bär, HSBC Private Bank (Suisse), die Liechtensteinische Landesbank (LLB), die Basler und die Zürcher Kantonalbank sowie die israelischen Institute Mizrahi und Hapoalim. Die Genfer Pictet erhielt eine Anfrage der US-Behörden, und gerücheweise soll auch die Bank Frey geröntgt werden.

Die Credit Suisse reservierte bereits im 3. Quartal 2011

325 Millionen Dollar für US-Steuerangelegenheiten. Seither wurden gemäss CS-Sprecher Marc Dosch keine weiteren Beträge zurückgestellt.

HSBC Private Bank (Suisse) erhöhte 2011 ihre Rückstellungen leicht auf 67,9 Millionen Franken, gibt aber keine Auskunft über die Summe für den US-Steuerstreit.

Julius Bär, die ZKB und die BKB haben bisher überhaupt keine Rückstellungen im Zusammenhang mit den US-Steuerangelegenheiten getätigt, da sie nach wie vor keinerlei Anhaltspunkte für die Höhe möglicher Zahlungen

haben. Mizrahi sagt, es würden in nächster Zeit keine Rückstellungen bekannt gegeben. LLB und Hapoalim wollten keine Stellung nehmen beziehungsweise liessen eine Anfrage unbeantwortet.

Die Banken hoffen nach wie vor, dass die Schweiz in absehbarer Zeit ein Globalabkommen mit den USA abschliesst und damit ein Schlussstrich unter die sündige Vergangenheit gezogen werden kann. Je länger die Verhandlungen der beiden Staaten aber dauern, desto eher dürften die Banken individuelle Lösungen mit den USA anstreben.